

16. März 2026

Von Rodrigo Bustos Bottai, Geschäftsführer von Amnesty International Chile
Veröffentlicht auf Radio Bío Bío Chile

Eine Begnadigung bedeutet, die Straflosigkeit fortbestehen zu lassen

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

die jüngste Erklärung von Präsident José Antonio Kast zu möglichen Begnadigungen von Polizist*innen und Militärangehörigen, die wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen während der sozialen Unruhen verurteilt wurden, ist ein schlechtes Zeichen für das Streben nach Gerechtigkeit in Chile.

Zunächst sei daran erinnert, dass der Staat die Verantwortung und die Pflicht hat, die Menschenrechte zu schützen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Die Gewährung von Begnadigungen könnte dem zuwiderlaufen, wenn die Anforderungen des internationalen Rechts der Menschenrechte nicht berücksichtigt werden.

Es gibt Präzedenzfälle in ähnlichen Fällen in Amerika (Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte, Fälle „Barrios Altos“ und „La Cantuta“ gegen Peru, 2018), in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass neben dem Gesundheitszustand der verurteilten Person auch andere Parameter zu berücksichtigen sind, wie beispielsweise: dass ein erheblicher Teil der Strafe verbüßt wurde, dass die im Urteil verhängte zivilrechtliche Entschädigung gezahlt wurde, das Verhalten des oder der Verurteilten im Hinblick auf die Aufdeckung der Wahrheit, das Eingeständnis der Schwere der begangenen Straftaten und seine bzw. ihre Resozialisierung sowie die Auswirkungen, die seine bzw. ihre Freilassung auf gesellschaftlicher Ebene und auf die Opfer und deren Angehörige hätte.

Was schließlich die sozialen Unruhen betrifft, so ist die Zahl der Verurteilungen wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen verschwindend gering und beschämend: Sie beläuft sich auf kaum 2 % der über 12.000 Fälle institutioneller Gewalt, die von Beamt*innen begangen wurden. Davon entfallen mehr als 70 % auf rechtswidrige Nötigung sowie unter anderem auf Folter, schwere Körperverletzung und Entkleidung.

Wir sprechen hier nicht von gewöhnlichen Straftaten, sondern von äußerst schwerwiegenden Vorfällen, die eine entschiedene Verurteilung durch den Staat verdienen.

Fast sieben Jahre sind vergangen, und wir sehen, dass Gerechtigkeit noch immer auf sich warten lässt; mehr noch, die neuen Behörden beabsichtigen, bereits Erreichtes wieder rückgängig zu machen. **Die Bürgerinnen und Bürger, die Opfer und ihre Angehörigen verdienen Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung. Wir fordern Präsident José Antonio Kast auf, den Verpflichtungen des chilenischen Staates im Bereich der Menschenrechte nachzukommen und keine Maßnahmen voranzutreiben, die die Straflosigkeit verstärken.**

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://amnistia.cl/indultar-es-perpetuar-la-impunidad/>